

AUS DEM KANTONS RAT

Sitzung mit Weinlandthema



Für einmal stand ein Geschäft zuoberst auf der Traktandenliste, welches das Weinland unmittelbar betrifft. Bekanntlich war vor Wochen die Ossingerbrücke gesperrt und der Zugverkehr durch Busse ersetzt worden. Dies sowie der Wunsch nach einer Verbesserung im Schienen-netz hat eine Privatperson bewegt, von einem typisch zürcherischen Instrument Gebrauch zu machen: der Einzelinitiative. Mit 65 Stimmen wurde sie vorläufig unterstützt (siehe Beitrag rechts).

Linus Meier hat ein durchdachtes Konzept eingereicht, um den öffentlichen Verkehr im Raum Winterthur-Weinland grundlegend zu verbessern. Er fordert den Regierungsrat auf, basierend auf einem konkreten Projekt, eine Kreditvorlage auszuarbeiten. Ein mutiges Unterfangen, dem unter anderem im Rat entgegengehalten wurde, der Ausbau des Schienennetzes sei nicht Aufgabe des Kantons, sondern des Bundes. Das trifft sicher zu. Der Kanton hat aber immer wieder gezeigt – etwa bei der Durchmesserlinie oder beim Brüttener Tunnel – dass er sich mit kreativen Lösungen auch hinsichtlich der Finanzierung durchsetzen kann. Die Einzelinitiative verdient mindestens eine sorgfältige Analyse der Machbarkeit. Auch sollte der Grundsatzfrage nachgegangen werden, ob es sich lohnt, die unglückliche Linienführung aus dem 19. Jahrhundert zu sanieren, ohne einen zeitgemässen Mehrwert für die Bevölkerung zu erreichen. Im Rat konnte sie die nötigen 60 Stimmen auf sich vereinen. Bei weiteren vier Einzelinitiativen war dies nicht der Fall, was bedeutet, dass sie nicht weiterverfolgt werden.

Ferner haben die Kommissionen für Planung und Bau sowie für Energie, Verkehr und Umwelt die Beratung einer Reihe von Postulaten abgeschlossen und legten sie zur Abschreibung vor. Zwei davon beschäftigen sich mit Fragen des Denkmalschutzes. Verlangt wurde, dass nur noch sehr bedeutende Bauwerke geschützt werden sollen. Die Regierung legt in ihrem Bericht dar, dass schon heute nicht mehr als 1,2 Prozent aller Gebäude im Kanton unter die Definition als kantonales oder regionales Schutzobjekt fallen. Sie lehnt in ihrem Bericht die Forderungen der Postulanten ab. Die Kommission beantragt die Abschreibung, weil in der Zwischenzeit zwei Motionen vorliegen, die konkret entsprechende Gesetzesänderungen verlangen.

Zwei parlamentarische Initiativen aus den Jahren 2014 bzw. 2016 konnten beraten werden. Neu soll für die «Energiestrategie» – statt für die «Energieplanung» – eine Genehmigungspflicht bestehen. Und der Regierungsrat darf weiterhin im Verwaltungsrat der EKZ bleiben.

Die landwirtschaftliche Forschung im Kanton Zürich wurde durch Beschlüsse des Bundes erheblich reduziert. Mit einem Postulat sollte die Tätigkeit in Wädenswil nicht zurückgefahren werden. Leider wurde dieses Ziel verfehlt. Immerhin darf festgestellt werden, dass der Abbau im Reckenholz dank den vom Postulat angeregten mehrfachen Interventionen des Kantons Zürich beim Bund geringer ausgefallen ist, als befürchtet. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben beantragte Abschreibung.

Martin Farner, Kantonsrat FDP Stammheim

Regierungsrat soll Bahnausbau im Weinland prüfen

ZÜRICH Keinen Hinketakt zwischen Winterthur und Schaffhausen mehr und eine Verbindung zwischen den beiden Weinländer Bahnhöfen: Mit diesen Forderungen muss sich nun der Regierungsrat befassen.

Das Parlament hat am Montag die Einzelinitiative eines Bürgers aus Adlikon mit 63 Stimmen vorläufig unterstützt. 60 waren dafür notwendig. Somit muss sich nun der Regierungsrat mit dem Forderungskatalog befassen und einen Bericht dazu verfassen. Dann kommt das Thema erneut in den Kantonsrat.

Auslöser für die Einzelinitiative war die mehrwöchige Sperrung der historischen Thurbrücke bei Ossingen, als deren Tragfähigkeit überprüft werden musste. Diese Sperrung habe die ungünstige Linienführung im Weinland drastisch aufgezeigt, sagte Einzelinitiant Linus Meier in der Debatte. Während mehrerer Wochen mussten die Passagiere auf einen Bus umsteigen. Einen Umweg konnte die S-Bahn nicht fahren, weil es keine Verbindung zur Strecke von Winterthur nach Schaffhausen gibt.

Bereits in den 1950er-Jahren war eine solche Verbindung ein Thema in der Politik. Gebaut wurde sie allerdings nie. Die Linienführung im Norden des Kantons ist heute noch so wie zu Zeiten der Nationalbahn im 19. Jahrhundert. Neben einer Verbindungsstrecke zwischen den beiden Linien fordert die Einzelinitiative auch durchgehende Doppelspur zwischen Winterthur und Schaffhausen sowie ein Ende des Hinketaks.

Keine Boomregion

«Diese Einzelinitiative ist ein guter Anlass, die Verbindungen ins Weinland wieder einmal zu analysieren», sagte



Die Sperrung der Thurbrücke Ossingen gab den Ausschlag. Bild: Wikipedia.org

SP-Kantonsrat Felix Hoesch (Zürich). Für ihn ist klar, dass der Hinketakt behoben werden muss. «Sonst werden wir den ÖV-Anteil im Weinland nicht steigern können.»

Die Grünen waren für einmal nicht dafür, den ÖV zu fördern. «Das Weinland ist keine Boomregion», gab Thomas Schweizer (Hedingen) zu bedenken. Mehrere Millionen auszugeben für ein prognostiziertes Wachstum von 8000 Personen in den nächsten Jahren sei weder absolut noch relativ zu verantworten. Und: Wachstum solle in städtischen Gebieten stattfinden, nicht auf dem Land. Ein besserer ÖV sei kontraproduktiv, weil er auch ein Siedlungswachstum bringe und somit mehr Autos.

Die Grünen im Kantonsrat unterstützten den Vorstoss deshalb nicht – anders als die Grünen Weinland, die in einer Mitteilung die Befürchtung einer erneuten Sperrung der Ossinger Brücke äussern.

Weinländer Räte verhalten

Urs Glättli (GLP Winterthur) sprach namens seiner Partei von «gar viel

Wunschbedarf für das Weinland». Investiert werden solle dort, wo der Bedarf ausgewiesen sei.

Konrad Langhart (Die Mitte, Stammheim) äusserte berechtigte Zweifel, dass der Kanton Zürich auf eigene Faust neue Verbindungen bauen kann. «Dafür ist der Kanton nicht zuständig.» Eine Verbindung der beiden Linien sei utopisch, sagte er. Und er könne sich nicht vorstellen, dass das Weinland dies wolle. Der Ausbau der Doppelspur solle aber geprüft werden.

Gleicher Meinung war Paul Mayer (SVP, Marthalen). Weil das Geld dafür aber aus anderen Töpfen fliessen müsse, lehne er die Initiative ab. Deren Inhalt konnte er aber durchaus Gutes abgewinnen. So würde ein Ausbau der Bahn dazu beitragen, den Verkehr auf der A4 zu reduzieren, sagte er und erinnerte abermals an die Staukosten, die in seinem Betrieb anfallen.

Martin Farner (FDP, Stammheim) sieht die vorläufige Unterstützung seiner Partei als Möglichkeit, die unglückliche Linienführung zu prüfen (siehe Kommentar links). (sda/spa)

Zuständigkeit für Strassen soll entwirrt werden

SCHAFFHAUSEN Der Kantonsrat diskutierte am Montag die Änderung des Strassengesetzes. Demnach würde der Kanton mehr Aufgaben übernehmen.

Im Kanton Schaffhausen soll klarer geregelt werden, wer für die Strassen zuständig ist. Die Aufgaben zwischen Kanton und Gemeinden sollen entflochten werden und die Gemeinden mehr Geld aus der Mineralöl- und Motorfahrzeugsteuer erhalten. Der Kantonsrat hat am Montag in erster Lesung die Änderung des Strassengesetzes diskutiert.

Bau, Betrieb und Unterhalt der Strassen im Kanton Schaffhausen sollen effizienter und kostengünstiger werden. Die heutige Situation bei den Kantonsstrassen innerorts sorgt immer wieder für Diskussionen, wie Kommissionspräsident Nihat Tektas (FDP) sagte. Denn der Kanton bestimmt beispielsweise, ob ein Riss geflickt werden muss. Bezahlen muss die Reparatur aber die jeweilige Gemeinde.

Neu soll der Kanton auch zuständig sein für Betrieb, Unterhalt und Bau der Kantonsstrassen innerorts sowie für die kantonalen Radrouten ausserorts.

Ausnahme für die Stadt

Die Kantonsstrassen innerhalb der Bauzonen der Stadt Schaffhausen verbleiben als Ausnahme im Eigentum der Stadt. Dabei geht es um städtebauliche Interessen. Die Stadt will hier ihren Handlungsspielraum erhalten. Daher wird die Stadt ihre Strassen weiterhin selbst finanzieren, allerdings erhält sie vom Kanton 50 Prozent der Kosten erstattet.

Angestossen wurde die Änderung des Strassengesetzes durch zwei Postulate: Andreas Frei (SP) hatte die «Aufteilung der Benzinzollanteile entsprechend dem effektiven Bedarf» gefordert, Walter Hotz (SVP) hatte eine Finanzierungsentflechtung zwischen Kanton und Gemeinden verlangt. (sda)

Illnau

Ausweis und Wagen weg: Neulener geblitzt

Mit 150 Kilometern pro Stunde ist am Freitagabend ein 21-Jähriger über die Usterstrasse in Illnau gerast. Auf der Ausserortsstrecke gilt Tempo 80. Die Stadtpolizei von Illnau-Effretikon hat dem Neulener den Führerausweis entzogen und dessen leistungsstarkes Fahrzeug sichergestellt. (sda)

Zürich

Parlament bewilligt 48 Millionen für ZHAW

Der ZHAW-Campus T in Winterthur kann ohne Unterbruch weiter geplant werden. Der Kantonsrat hat am Montag einen Betrag von 48 Millionen Franken genehmigt. Das Parlament hiess den Betrag mit 159 Stimmen gut. Baustart für die erste Etappe des neuen Campus an der Technikumstrasse in Winterthur ist bereits für Anfang 2023 geplant. Der Kanton will den ersten Neubau schon im Jahr 2025 beziehen, den zweiten im Jahr 2028. Geplant sind vier Etappen über einen Zeitraum von 15 Jahren. Insgesamt rechnet der Kanton für die neuen Gebäude und den Park mit Kosten von rund 285 Millionen Franken. (sda)

Sechs geschmuggelte Esel in Lieferwagen

RHEINFELDEN An der Grenze wurde der Fahrer eines Lieferwagens mit sechs lebendigen Eseln an Bord, jedoch ohne die benötigten Papiere von Mitarbeitenden der Eidgenössischen Zollverwaltung zurückgewiesen. Auch sein zweiter Versuch scheiterte.

Mitarbeitende der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) kontrollierten kürzlich am Grenzübergang Rheinfelden-Autobahn einen Lieferwagen mit französischem Kennzeichen. Dabei stiessen sie auf sechs lebendige Esel, für die der Fahrer keine Papiere hatte. Sie wiesen den Fahrer in der Folge zurück nach Deutschland, wie es in einer Mitteilung der EVZ heisst.

Nach etwa 20 Minuten beobachteten sie, wie er erneut denselben Grenzübergang passierte, weswegen er bei der Ausfahrt Eiken AG angehalten und nochmals kontrolliert wurde. Da sich die Esel noch immer im Fahrzeug befanden, wurde dieses zurück nach Rheinfelden begleitet und eine Busse von 1200 Franken wegen Zollvergehens erhoben. Ebenfalls wurde der kantonale Veterinärndienst beigezogen, woraufhin



Dieser Anblick bot sich den Mitarbeitenden der Zollverwaltung. Bild: zvg

der Fahrer noch wegen Verstosses gegen das Tierseuchen- und Tierschutzgesetz, Nichtmitführen der nötigen Dokumente sowie Verwendung eines nicht tierschutzkonformen Transport-

mittels angezeigt wurde. Nach Erledigung der Formalitäten konnte der Fahrer seine Reise zurück nach Deutschland fortsetzen, wie es in der Mitteilung weiter heisst. (az)